

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 pbbnd



## Inhalt

33. Jahrgang / 162

24. August 1978

Karl Schneider MdL, SPD-Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag, wirft Dregger politische Täuschung vor.

Seite 1-4

Eugen Glömbig MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, über die konsequente Fortentwicklung der Sozialpolitik.

Seite 5-7

Moritz Thape, Senator für Bildung in Bremen, ruft die Schulen auf zu mehr Information über Europa.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 56 11

Warnung vor Dregger

-----  
Hinter liberaler Schminke steckt der alte Straußfreund

Von Karl Schneider MdL  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Wer Alfred Dregger in seinem 10jährigen Wirken an der Spitze der hessischen CDU beobachtet hat, sein durchaus legitimes, in der Wahl der Mittel jedoch höchst angreifbares Streben nach der politischen Macht, der muß zu dem Ergebnis kommen, daß es ein riskantes Experiment wäre, der Dregger-CDU am 6. Oktober 1978 die Verantwortung für Hessen zu übertragen.

Innerhalb von zehn Jahren ist die Union in Hessen bis nahe an die absolute Mehrheit nach Mandaten herangekommen. Das wurde ganz sicher auch durch Schwächen der SPD ermöglicht. Aber im Grunde kommt man zu anderen Ergebnissen, wenn man sich nach den Hauptursachen fragt, wie es zu diesem Zuwachs gekommen ist. In einem Kommentar der sicher nicht CDU-feindlichen "Frankfurter Neuen Presse" heißt es im Hinblick auf Dregger am 2. Dezember 1977: "Er hat nicht gewohnte Opposition getrieben, nicht das Spiel von Kratzen und Beißen, sondern die Opposition auf einen Glaubenskrieg hin angelegt."

Das Verständnis von Politik als Glaubenskrieg, die damit verbundene Verkettung des politischen Gegners, widerspricht zutiefst der freiheitlichen und sozialen Tradition unseres Landes. Der Wähler wird sich fragen müssen, ob diese Art von Politik zukünftig in Hessen an der Tagesordnung sein soll.

Dregger hat seine CDU in Hessen zu einem ideologisch und organisatorisch festgefühten Kampfverband rechtskonservativer

bis rechtsautoritärer Prägung formiert. Er ist dabei zugleich an seine Grenze gestoßen: Landtagswahl (1974) 47,3 Prozent, Bundestagswahl (1976) 44,8 Prozent, Kommunalwahl (1977) 47,9 Prozent. Es ist ihm zwar gelungen, auch bei der Kommunalwahl 1977 das hohe Landtagswahlergebnis von 1974 zu wiederholen - aber: Obwohl an diesem 20. März 1977 die SPD im Wähleransehen ganz miserabel stand: Dregger fehlten auch diesmal zwei Prozent. Er weiß deshalb: Er kann nur dann in Hessen an die Macht kommen, wenn er zusätzlich zu seinem rechten Wählerstamm noch einige liberale und besonnene Bürger zu sich herüberzieht:

Mittel dazu sind:

- Die Täuschung mit der Sprache: Die rechtskonservative Dregger-CDU spricht bewußt von "liberaler Erneuerung".
- Imagepflege: Dregger selbst tut alles, um den Scharfmacher vergessen zu lassen. Ab und zu fällt er dann doch aus der Rolle: Zum Beispiel giftete er im Bundestag am 16. Februar 1978 den Bundeskanzler an: "Die Terroristen werden geschont und die Rentner werden geschröpft."
- Gesten für die FDP: Auch die von Dregger angestoßene Diskussion um eine Koalition mit der FDP in Hessen muß man im Rahmen dieser Gesamtstrategie sehen. Dregger weiß genau, daß die Hessen-FDP nur um den Preis der Selbstaufgabe ihrer liberalen Grundsätze und der Gefährdung der sozialliberalen Friedens- und Entspannungspolitik mit ihm in Hessen eine Koalition eingehen könnte. Er will die FDP auch gar nicht als Koalitionspartner, sondern er zielt mit dieser Imagekampagne auf die liberalen Wähler, die ihm zu seiner Mehrheit fehlen. Dregger auf dem CDU-Landesparteitag am 26. Januar 1978 in Fulda: "Wenn wir die FDP nicht gewinnen können, müssen wir ihre Wähler gewinnen."

Die Dregger-CDU in Hessen - wie auch die CDU im Bund - läßt sich in keinem politischen Bereich auf eine ernsthafte inhaltliche Diskussion ein. Sie legt vielmehr politisches Spielmaterial vor, das als angebliche Alternative verkauft wird, aber entweder nicht realisierbar, von der Verfassung nicht gedeckt oder aber nutzlos ist.

Da ist das Beispiel Lehrerfeuerwehr. Von der Begriffsbildung her eine Sache, die Interesse weckt. Um was geht es dabei: Bei den Schulträgern in Hessen - kreisfreie Städte und Landkreise - sollen arbeitslose Lehrer angestellt werden. Diese Lehrer sollen dann - überall dort, wo es "brennt" - eingesetzt werden. Deshalb: Lehrerfeuerwehr. Daß es Lehrer mit der Ausbildung, wie sie an den Schulen nach wie vor gebraucht werden, gegenwärtig gar nicht gibt, verschweigt die hessische CDU. Ihr geht es um den Effekt bei denjenigen, die das nicht durchschauen können.

Wer von der Dregger-CDU glaubt, sie sei ja nicht so schlimm, weil sie sich nur so aufführe, solange sie nicht an der Macht sei, der muß wissen, welches Risiko er eingeht:

- Die ideologische Kampftruppe, die hier Dregger vor allem auch außerparlamentarisch aufgebaut hat, läßt sich nach der Wahl nicht einfach zurückpfeifen. Da werden Rechnungen präsentiert, über die der Bürger erst sehr viel später - wenn überhaupt - etwas erfahren wird.
- Die deutsche Geschichte zeigt, daß demagogisch erworbene Macht ihre Eigengesetzlichkeit hat.

Der Dregger-CDU liegt Hessen nicht am Herzen - sie will die Macht in unserem Land zur Blockade in Bonn und zum Sturz von Helmut Schmidt benutzen.

Dregger, er wird 58 Jahre alt und ist seit zehn Jahren Landesvorsitzender, ist sich

persönlich im klaren darüber, daß dieser Wahlkampf seine letzte Chance ist, sich als einer der möglichen Nachfolger des Oppositionsführers und ehemaligen Kanzlerkandidaten Kohl zu bewähren.

Die Dregger-CDU zeigt in den Städten und Gemeinden, in denen sie regiert, jetzt ihr wahres Gesicht. Dazu ein Zitat von Ministerpräsident Holger Börner: "Dr. Alfred Dregger glaubt doch selbst nicht, daß er mit markigen Sprüchen bis knapp unter die absolute Mehrheit in Hessen gekommen ist. Zur Ehre des hessischen Wählers sei gesagt: Es sind unsere Fehler und Unzulänglichkeiten gewesen, die ihn als scheinbare politische Alternative so weit gebracht haben. Hier liegt sein Erfolgsgeheimnis."

In den Städten und Gemeinden, in denen die CDU bei den Kommunalwahlen absolute Mehrheiten errungen hat oder in denen sie heute zusammen mit der FDP die Macht hat, zeigt sich, was wirklich hinter den markigen Sprüchen der Dregger-CDU steckt. Zum Vorschein kommen schon jetzt Postenschieberei, parteiinterne Machtkämpfe und die Klüngelwirtschaft von Privilegierten.

Beispiele:

**Politik für Privilegierte:** Die Preise für die öffentlichen Verkehrsmittel wurden erhöht, die Lohnsummensteuer ohne entsprechenden Ausgleich abgeschafft. Geschehen in Wiesbaden im Frühjahr 1978.

**Machtkämpfe:** Die CDU-Stadtverordneten bekämpfen sich gegenseitig bis aufs Messer und sagen voneinander: "...der steht nicht mehr auf dem Boden der Demokratie." Geschehen in Bad Sooden-Allendorf seit Monaten.

**Postenschieberei:** CDU-Politiker prozessieren gegeneinander um Stadtratspositionen. Die CDU wollte Pfründe vergeben und fand dafür keine Mehrheit bei den eigenen Leuten. Zweimal in Wiesbaden geschehen. Zuletzt beim Schuldezernenten. Favorit des CDU-Establishments war Bernhard Sälzer, Marburg. Die Basis versagte ihm die Anerkennung. Gewählt wurde - mit den Stimmen der SPD und einiger CDU-Leute - das CDU-Mitglied Armin Ahrendt, derzeit Stadtdirektor von Bad Münsterleifel. Für die CDU-Führung um Dregger war dies ein schwerer Schlag. Die Basis versagte ihr die Gefolgschaft - Posten konnten nicht mehr beliebig vergeben werden. Der CDU-Stadtverordnetenvorsteher mußte blockieren. Das Verwaltungsgericht Wiesbaden mußte ihn jetzt dazu verurteilen, den ordnungsgemäß gewählten Armin Ahrendt doch in sein Amt einzuführen.

Die CDU behauptet, sie wolle eine "liberale Erneuerung Hessens". Dieser Titel ihres Wahlprogramms ist eine grobe Irreführung und Täuschung der Wähler.

In Deutschland gibt es eine schlimme Tradition: die Verunglimpfung von kritischen Bürgern. Bundeskanzler Erhard sprach damals kritische Intellektuelle als Pinscher an, heute werden kritische Bürger von der Dregger-CDU in die Ecke des Terrorismus gedrängt.

Die Sonthofener Anweisung von Strauß dazu lautet: "Und jetzt hier in demokratischer Gemeinsamkeit zu sagen, wir Demokraten in SPD, FDP und CDU/CSU, wir halten also jetzt nun zusammen in dieser Situation, hier müssen wir den Rechtsstaat retten - das ist alles blödes Zeug! Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen politischen Gangstern."

Mit dem Begriff "Sympathisant" hetzen die Scharfmacher aus der CDU/CSU gegen Männer und Frauen wie Heinrich Böll, Bischof Scharf, Luise Rinser und andere. Diese Hetze gegen einzelne, aber auch die systematische Gesinnungsschnüffelei in CDU/CSU-regierten Ländern gefährdet das in unserem Land erreichte Maß an Aufgeschlossenheit, Liberalität und Toleranz.

Vernünftige politische Entscheidungen kommen nur zustande, wenn Bürger und Politiker sich Angst sich mit den Problemen auseinandersetzen können. Strauß und Dregger aber haben erkannt, daß Angst hilft, Opposition zu machen. Strauß in Sonthofen: "Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden. Es muß also eine Art Offenbarungseid und ein Schock im öffentlichen Bewußtsein erfolgen."

Diese Taktik kennen wir inzwischen aus dem zehnjährigen Dauerwahlkampf der Dregger-CDU. Da der CDU sowohl im Bund als auch in Hessen auf Grund der Wählerentscheidung die Mehrheit fehlt, betrachtet sie Bundestag, Landtag und den Bundesrat zunehmend nur noch als

Bühnen für öffentliche Schaukämpfe. In solche Auftritte verwendet sie größere Sorgfalt und mehr politische Kraft als in die praktische parlamentarische Arbeit im Hessischen Landtag, zu der sie von den Wählern in die Rolle der Opposition berufen worden ist.

Mit dem zehnjährigen Dauerwahlkampf hat die Dregger-CDU eine breite außerparlamentarische Opposition von rechts erzeugt und dabei das politische Klima in unserem Land vergiftet. Wenn der schöne Schein der "liberalen Erneuerung" verfliegt, kommt der wahre Dregger wieder zum Vorschein. Politisch mißliebige Professoren würde er "binnen 24 Stunden" feuern. Dazu Wirtschaftsminister Karry (FDP) in einem Brief an Dregger: "Wenn dies stimmen würde, was ich gar nicht glauben kann, dann hätte ich Angst vor Ihnen, insbesondere dann, wenn Sie Ministerpräsident würden."

Diese Einschätzung des Politikers Dregger wird keineswegs positiver, wenn man seine Erklärungen auf auswärtigen Reisen verfolgt. Wenn etwa der "Spiegel" unwidersprochen berichten kann, er habe "in Südafrika seinen rassistischen Freunden versichert: 'Wenn ich Bure wäre, würde ich mich auch auf die Festung zurückziehen und um mich schießen'".

Oder wenn Amnesty International ihn auffordern muß, sich im Interesse seiner Glaubwürdigkeit als demokratischer Politiker von seinen Äußerungen über den Iran zu distanzieren. Dregger hatte den Iran als "eins der stabilsten Länder der freien Welt" bezeichnet. Bei einem Gespräch mit dem Schah hatte Dregger gesagt: "Wenn Sie von den vereinigten Linken der Welt kritisiert werden, dann ist das eine Bestätigung für Ihre Politik." Amnesty wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Zahl der politischen Gefangenen im Iran auf 25.000 bis 100.000 geschätzt wird.

Aber nicht nur außenpolitisch findet sich Dr. Alfred Dregger im rechtskonservativen Lager. Die Dregger-CDU gefährdet den sozialen Frieden, der Bestand unserer sozialen Sicherheit wäre in Gefahr. Der Arbeitskampf in der Druck- und in der Metall-Industrie hat gezeigt, auf welcher Seite man CDU und CSU findet, wenn es zum Schwur kommt. Dreggers Position ist hier schon lange klar. Am deutlichsten kam sie auf dem Mitbestimmungsparteitag der CDU in Düsseldorf im Januar 1971 zum Ausdruck, als er im Blick auf die Rechte der Arbeitnehmervertretungen dazwischenrief: "Wie kommen wir eigentlich dazu, diesen Leuten eine derartige Machtposition zu verschaffen?"

Diese Leute sind die organisierten Arbeitnehmer, die mit ihrer Hände Fleiß die Werte schaffen, über deren Einsatz und Verwendung mitbestimmt werden soll. Für Dregger und seine Freunde sind das "diese Leute". Der Gedanke, "diese Leute" mitbestimmen zu lassen, paßt nicht in die Dreggersche Dreiklassengesellschaft.

Der 8. Oktober 1978 ist für Dr. Dregger und die hessische CDU mehr als einer der üblichen Wahltag, von denen sie in den letzten zehn Jahren viele erlebt haben. Alfred Dregger nimmt noch einmal einen Anlauf. Er weiß: Diesmal ist es sein allerletzter Versuch. Deshalb ist ihm auch jedes Mittel recht.

- Er schminkt sich ein liberales Image an, um die FDP oder ihre Wähler zu verunsichern.
- In der Sache steht er nach wie vor an der Seite von Strauß. Für den Stimmenfang rückt er nur optisch von seinem bayerischen Leitbild ab.

Wie ihr Vorsitzender, so ist auch die hessische CDU: Ohne Klarheit in Sachfragen. Zu den wirklichen Problemen des Landes hat sie keine realistischen und konstruktiven Lösungen zu bieten. Freiheit und soziale Gerechtigkeit wären bei ihr in schlechten Händen.

(-/24.8.1978/ks/hgs)

+ + +

Dieser Beitrag erscheint in dem vom Verlag Rolf Seeliger, München, herausgegebenen Band "Bewährungsprobe - Sozialdemokraten über die bundespolitische Bedeutung der Landtagswahlen in Hessen und Bayern".

## Kein Stop in der Sozialpolitik

---

Impulse für eine qualitative Weiterentwicklung nach Hamburg

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Fraktion

Auf dem Hamburger Parteitag der SPD wurde nicht über Sozialpolitik diskutiert. Fragen der Beschäftigungs-, Energie- und Rechtspolitik beanspruchten die volle Aufmerksamkeit der Delegierten.

Das Fehlen einer sozialpolitischen Diskussion auf dem Parteitag könnte den falschen Eindruck erwecken, als sei in den Parteigliederungen der SPD Sozialpolitik kein zentrales Diskussionsthema. Im Gegenteil: In der SPD hat in den letzten Jahren das Interesse an sozialpolitischen Fragen, insbesondere an Grundsatzfragen, deutlich zugenommen. Dies bezeugen die zahlreichen Anträge, die dem Parteitag zur Sozialpolitik (einschließlich der Familien- und Gesundheitspolitik) vorlagen.

Auffallend war dabei vor allem, daß sich die Anträge - im Gegensatz zu früheren Parteitagen - nicht mehr allein auf die Forderung nach quantitativen Leistungsverbesserungen konzentrierten. Es gab eine deutliche Bereitschaft, Grundsatzfragen der Sozialpolitik aufzuwerfen, das bisherige Instrumentarium der Sozialpolitik angesichts der veränderten ökonomischen Situation kritisch auf seine Tauglichkeit hin zu überprüfen und nach neuen Lösungen zu suchen.

Die Mehrzahl der Anträge mußte aus Zeitmangel ohne Sachbefassung an den Parteivorstand überwiesen werden. Dennoch kann man sagen, daß der Stand der innerparteilichen Diskussion in den drei Beschlüssen zutreffend wiedergespiegelt ist, die der Hamburger Parteitag - allerdings ohne Aussprache - gefaßt hat:

- 1/ In dem Beschluß zur Sozialpolitik, der auf einen "Leitantrag" des Parteivorstandes zurückgeht,
- 2/ im neuen "familienpolitischen Programm" und
- 3/ in den "gesundheitspolitischen Leitsätzen".

### 1/ Der Beschluß zur Sozialpolitik

Der Beschluß zur Sozialpolitik beinhaltet zahlreiche wichtige Aussagen zu aktuellen Fragen, so z.B. die Forderung nach einer Reform des Arbeitszeitrechts, nach der Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, nach der Reform des Vergünstigungswesens für Behinderte und nach Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte, die inzwischen vom Bundeskabinett beschlossen wurde. Eine entschiedene Absage wird allen konservativen Bestrebungen zur Rücknahme der sozialpolitischen Reformen der vergangenen Jahre erteilt. Insofern hat der Parteitag die Sozialpolitik der SPD-geführten Bundesregierung und der SPD-Bundestagsfraktion bestätigt und ihre gegenwärtigen Bemühungen in den Fragen der aktuellen sozialpolitischen Gesetzgebung unterstützt.

Darüber hinaus enthält der Parteitagsbeschluß zur Sozialpolitik auch Aussagen von grundsätzlicher Bedeutung. Es ist die Rede von neuen Herausforderungen für die Gesellschaft, auf die Sozialpolitik reagieren müsse. Aufmerksamkeit verdienen vor allem folgende Passagen des Beschlusses, in denen die Notwendigkeit einer Reform des Systems der sozialen Sicherung betont wird:

"Die Finanzierungsprobleme bedeuten nicht das Ende der Reformpolitik. Die sozialen Reformen dürfen nicht zurückgenommen, sondern müssen fortgesetzt werden. Qualitative Aspekte müssen hierbei stärker in den Vordergrund treten. So muß vor allem das in Jahrzehnten gewachsene System der sozialen Sicherung mit seiner Vielzahl von Institutionen und nebeneinander bestehender Sozialleistungen auf Strukturschwächen hin überprüft und schrittweise reformiert werden. Dabei müssen Lücken, Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlung gleicher Lebensstatbestände im System der sozialen Sicherung beseitigt werden. Die Kumulation sozialer Leistungen und das Problem von Einkommensgrenzen für den Anspruch auf Sozialleistungen sind zu überprüfen.

Die Finanzierungsmittel, die bei tragbarer Beitrags- und Steuerbelastung der Bürger für die soziale Sicherung zur Verfügung stehen, müssen so zweckmäßig wie möglich eingesetzt werden. Die bisherige Zersplitterung, Unübersichtlichkeit und Unverständlichkeit der sozialen Sicherung für den Bürger muß beseitigt werden."

"Die soziale Sicherung für das Alter, für den Fall der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit und für die Hinterbliebenen leidet gegewärtig darunter, daß es eine große Zahl von nebeneinander bestehenden Versorgungssystemen gibt, deren Leistungen einerseits kumuliert werden können, aber andererseits noch Lücken offenlassen. Das führt sowohl bei den Leistungen als auch bei der Finanzierung zu Ungerechtigkeiten. Die SPD tritt deshalb für eine Gesamtreform der Altersversorgung ein mit dem Ziel größerer Transparenz und Gerechtigkeit in und zwischen den einzelnen Versorgungssystemen."

Der Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden diese Beschlüsse des Parteitages sehr ernst nehmen. Die Umsetzung der Beschlüsse wird sich allerdings nicht sofort in konkrete Gesetzgebungsiniciativen niederschlagen können, sondern zunächst in einer Intensivierung der Programmarbeit und in der Erarbeitung neuer Konzeptionen für die Weiterentwicklung der Sozialpolitik. Auf Beschluß des Parteivorstandes hat sich bereits eine Arbeitsgruppe "Sozialpolitisches Programm" gebildet, die einem späteren Bundesparteitag der SPD konkrete Programmwürfe vorlegen soll.

## 2/ Das familienpolitische Programm

Das familienpolitische Programm soll eine langfristige Orientierung für die sozialdemokratische Familienpolitik sein. Es ist die erste derartige ausführliche und grundsätzliche Programmaussage einer Partei in der Bundesrepublik.

Der Grundgedanke ist, daß die Erziehung der Kinder und das Wohl des Kindes im Zentrum der familienpolitischen Bemühungen zu stehen haben.

Die Sozialdemokraten gehen davon aus, daß die Familie für die Erziehung der Kinder zwar vorrangig und unverzichtbar ist, aber dennoch systematische Unterstützung durch die Gesellschaft braucht, damit sie dieser Erziehungsaufgabe gerecht werden kann. Dazu bedarf es der Leistungen des Familienlastenausgleichs, die das Einkommen der kindererziehenden Familien sichern sollen. Noch wichtiger aber sind andere, nicht finanzielle Leistungen der Gesellschaft, wie Familienberatung, Hilfen für erwerbstätige Eltern und familienergänzende Erziehungseinrichtungen wie z.B. Kindergärten oder Ganztagschulen.

Zu diesen beiden Schwerpunktbereichen der Familienpolitik enthält das neue Programm zahlreiche konkrete, allerdings nur langfristig voll realisierbare Forderungen. Schon

in dieser Legislaturperiode will aber die sozialdemokratische Bundestagsfraktion gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner wichtige Schritte unternehmen: Zu erwähnen ist hier einerseits die Schaffung von Unterhaltsvorschußkassen zur Absicherung von Unterhaltsansprüchen alleinerziehender Mütter oder Väter. Von großer Bedeutung ist aus familienpolitischer Sicht auch die bevorstehende große Reform des Jugendhilferechtes, die einen ganz wesentlichen Teil der familienergänzenden Erziehungshilfen betrifft.

### 3/ Die gesundheitspolitischen Leitsätze

Die auf dem Hamburger Parteitag verabschiedeten "Gesundheitspolitischen Leitsätze" sind das Resultat einer jahrelangen und auf allen Ebenen geführten intensiven innerparteilichen gesundheitspolitischen Diskussion. In ihrem Zentrum steht die Konzeption eines "integrierten Systems der medizinischen Versorgung". Die verschiedenen Einrichtungen der medizinischen Versorgung sollen auf regionaler Ebene unter Befolgung bundes- und landesweiter Rahmenpläne miteinander koordiniert und durch Selbstverwaltungsgremien geplant und gesteuert werden. Dadurch hofft man, die Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern, Unterversorgungssituationen und Überkapazitäten zu beheben, unnötige Doppelleistungen zu vermeiden und nicht zuletzt auch die Gesundheitssicherung kostengünstiger zu gestalten.

Mit der Betonung auf dem Vorrang der Selbstverwaltung setzen die "Leitsätze" die bereits mit dem Krankenversicherungs-Weiterentwicklungsgesetz und dem Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz eingeschlagene Richtung sozialdemokratischer Gesundheits- und Sozialpolitik fort. Die Schaffung eines integrierten Systems der medizinischen Versorgung ist eine langfristige Aufgabe. Sie ist auch nicht allein durch Bundesgesetzgebung zu verwirklichen, sondern bedarf vor allem intensiver Anstrengungen auf der Ebene der Landespolitik und in den Selbstverwaltungskörperschaften der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Anstrengungen der Sozialdemokraten werden sich mittelfristig auf die Erprobung der integrierten medizinischen Versorgung in Modellversuchen konzentrieren.

Der Hamburger Parteitag hat also der Sozialpolitik der SPD wesentliche Impulse gegeben. Die in der Regierungs- und Gesetzgebungsverantwortung stehenden Sozialdemokraten werden sie aufgreifen. Sie versuchen, sie so weit wie möglich auch unter schwierigen politischen Umständen zu verwirklichen.

(-24.8.1978/vo-he/ben)

+ + +

Europa in den Schulen behandeln  
-----

Auch praktische Europa-Erfahrung tut not

Von Moritz Thape

Senator für Bildung in Bremen

Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft tritt 1979 mit den Direktwahlen für das Europaparlament in eine neue Phase ein. Für die Schulen entsteht dadurch die Möglichkeit, im Unterricht besonders intensiv auf europäische Fragen einzugehen. Im Rahmen ihres Bildungsauftrages haben die Schulen auch bisher ihre übernationalen Erziehungsaufgaben ernst genommen. Dennoch ermunterte ich mit einem Rundschreiben an alle Bremer Schulen ausdrücklich auch zur Erweiterung der außerunterrichtlichen Schulveranstaltungen auf das Thema "Europa". Ausstellungen und schulinterne Wettbewerbe können weit über den Bereich der Schule hinaus öffentlich wirksam werden.

Mit meiner Verfügung an die Schulen habe ich in diesem Zusammenhang auch auf die im Juni 1978 von der Kultusministerkonferenz (KMK) in Bremen beschlossene Empfehlung "Europa im Unterricht" hingewiesen, die dem Rundbrief an alle meiner Schulverwaltung nachgeordneten Dienststellen beigelegt wurde. Unter dem Abschnitt "Europa als pädagogischer Auftrag" führen die Kultusminister und -senatoren wie folgt aus:

"Die Aufgaben, die sich aus dem europäischen Einigungswerk für die Schule ergeben, sind von der Kultusministerkonferenz unter fachlichen und allgemeinen Gesichtspunkten im Rahmen verschiedener Empfehlungen erwähnt worden. Der erreichte Entwicklungsstand der Integration veranlaßt die Kultusministerkonferenz, die Empfehlungen in einen Zusammenhang zu bringen und den übergreifenden europäischen Bildungsauftrag der Schule herauszuarbeiten.

Die Schule hat die Aufgabe, die Annäherung der europäischen Völker und Staaten und die Neuordnung ihrer Beziehungen im Wege der Gemeinschaftsbildung bewußt zu machen. Dadurch trägt die Schule dazu bei, daß in der heranwachsenden Generation ein Bewußtsein europäischer Zusammengehörigkeit entsteht und Verständnis dafür geweckt wird, daß in vielen Bereichen unseres Lebens nicht mehr nur nationale, sondern europäische Entscheidungen zu treffen sind."

Die Schulen haben nicht nur die Aufgabe, Kenntnisse und Einsichten zu vermitteln über die Besonderheit und die Vielfalt des europäischen Raumes, die prägenden geschichtlichen Kräfte für Europa, die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen in Europa und die Entwicklung des europäischen Rechts-, Staats- und Freiheitsdenkens, sondern auch über die Integrationsbestrebungen, den Interessenausgleich und die Bedeutung gemeinsamen Handelns zur Lösung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Probleme. Mit der Behandlung des Themas "Europa" sollen die jungen Menschen befähigt werden, ihren eigenen Standort sowie den ihres Volkes in Europa zu erkennen.

Lehrer und Schüler sollen über Europa nicht nur Kenntnisse erlangen, sondern nach Möglichkeit eigene praktische Erfahrungen sammeln können. Die Freie Hansestadt Bremen ist seit vielen Jahren ein Zentrum des Schüler- und Jugendaustausches mit den europäischen Nachbarn. Ich glaube, daß der direkte Kontakt, die Begegnung mit der Jugend in anderen europäischen Ländern, die beste Grundlage für die Erziehung zu Toleranz, zum gegenseitigen Verstehen und zum Frieden ist. Senat und Bürgerschaft in Bremen fördern deshalb derartige Begegnungen. Im Ergebnis soll diese Erziehung den jungen Menschen darauf vorbereiten, seine Aufgaben als Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrzunehmen. Dies haben auch die Kultusminister und -senatoren in den Unterrichtsempfehlungen festgestellt. (-/24.8.1978/bgy/hgs)